



Odenwald-Tauber-Ticker

**+++ Neusaß: Photovoltaikanlage liefert Strom +++ Marktheidenfeld: "I  
Leserbrief: Die FDP zur Abschaffung der Unechten Teilortswahl**

## **Demokratie einen Bären dienst erwiesen**

*Mario Fichtner, Hornbach, für die FDP Neckar-Odenwald*

Auch wenn die FDP-Neckar-Odenwald im Walldürner Gemeinderat und den Ortschaftsräten nicht vertreten ist, kommen wir nicht umhin zu diesem wichtigen Thema Stellung zu beziehen. Wir unterstützen nachdrücklich die Ortschaftsräte sowie die Fraktion der CDU und sprechen uns gegen die Abschaffung der unechten Teilortswahl (UTW) in Walldürn aus.

Die Argumente der antragstellenden Fraktionen lassen sich leicht entkräften. So fällt die Ungleichgewichtung der Mandate zuungunsten der Ortsteile aus, die Kernstadt ist im Gemeinderat dank der Ausgleichsmandate geringfügig überrepräsentiert.

Des Weiteren ist es fragwürdig, ob die antragstellenden Fraktionen in der Lage waren zu beurteilen, ob die Bedürfnisse die zur Einführung der UTW geführt haben, auch weiterhin bestanden. Die Bevölkerungsstruktur hat sich nur minimal geändert, die räumliche Trennung besteht weiterhin. Dass diese Bedürfnisse weiterhin bestehen, bewies auch die große Zahl der Teilnehmer an der Informationsveranstaltung in Altheim am 19. November und der Gemeinderatssitzung in Walldürn am 30. November.

Das dritte Argument für die Abschaffung der UTW, die Aufblähung des Gemeinderats ist wohl eher ein parteipolitisch motiviertes. Denn die UTW war für die Fraktionen zumindest bis zur ersten Gemeinderatssitzung nach der Wahl kein Thema. Der Einwand, dass die Ortsverfassungen von der Abschaffung der UTW unberührt blieben und die Ortschaftsräte dadurch gestärkt würden, ist wohl eher zur Beruhigung gedacht. Denn die Ortschaftsräte können die Ortsteile im Gemeinderat lediglich beratend vertreten, haben aber kein Stimmrecht. Der Antrag der Kernstadtfaktionen und dessen Annahme im Gemeinderat ist für das Zusammenleben in Walldürn kontraproduktiv.

Das System der UTW hat in den letzten 30 Jahren bewährt und sollte nicht parteipolitischen Erwägungen geopfert werden. Vor allem aber wird der Demokratie auf der kleinsten Ebene der Gebietskörperschaften ein Bären dienst erwiesen, wenn man meint, sich so über die Bedürfnisse der Bürger hinwegsetzen zu können.

Fränkische Nachrichten  
12. Dezember 2009

---

**Adresse der Seite:**

[http://www.fnweb.de/regionales/bu/wallduern/20091212\\_srv0000005162359.html](http://www.fnweb.de/regionales/bu/wallduern/20091212_srv0000005162359.html)